

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 21.07.2025

Antrag:

Wahlfreiheit beim Bezahlen sicherstellen – Bar bleibt auf der Wiesn

Bei der Vergabe von Standplätzen, Zulassungen oder Konzessionen für Gastronomie- und Verkaufsbetriebe auf dem Oktoberfest ist in den entsprechenden Verträgen eine Bargeldannahmepflicht festzuschreiben.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Vertragsklauseln und Vergaberichtlinien zu entwickeln, um die Wahlfreiheit beim Bezahlen sicherzustellen.

Begründung:

Das Oktoberfest ist nicht nur das größte Volksfest der Welt, sondern auch ein Aushängeschild für München. Es steht für Geselligkeit, Tradition und ein Miteinander unterschiedlichster Menschen. Eine diverse, inklusive Gesellschaft bedeutet, niemanden auszuschließen.

Leider hat ein Wiesenzelt angekündigt, 2025 erstmals nur noch Kartenzahlung akzeptieren zu wollen. Dies widerspricht dem Prinzip der Wahlfreiheit und kann Menschen faktisch ausschließen, die nur mit Bargeld zahlen können oder wollen. Dabei gilt: In Deutschland sind Euro-Münzen und -Scheine das einzige gesetzliche Zahlungsmittel. Eine grundsätzliche Verpflichtung zur Annahme ergibt sich daraus. Das sogenannte "Schlupfloch" der Vertragsfreiheit darf bei einem öffentlichen Raum wie dem Oktoberfest nicht zu Lasten der Teilhabe gehen.

Bargeld ist ein Garant für Freiheit und Selbstbestimmung. Es schützt die Privatsphäre, funktioniert ohne technische Infrastruktur und ist unabhängig von Strom, Internet oder Kontodeckung. Auch hygienische Bedenken sind unbegründet: Die Bundesbank hat mehrfach betont, dass von Bargeld kein erhöhtes Infektionsrisiko ausgeht. Die häufigsten genutzten Banknoten (5- und 10-Euro-Scheine) sind zudem mit Schutzlack überzogen.¹

Die Verbraucherzentrale ruft Bürgerinnen und Bürger inzwischen dazu auf, Situationen zu melden, in denen nur mit Karte gezahlt werden kann. Mit der

¹ <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/von-bargeld-geht-kein-besonderes-infektionsrisiko-fuer-buerger-aus--828542>

erhobenen Datenlage möchten die Verbraucherschützer für eine klar definierte Annahmepflicht von Bargeld eintreten.² Die Stadt München sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen: Wer auf einem öffentlichen Fest Geschäfte machen möchte, muss Bargeld akzeptieren. Schließlich muss es Kindern und Jugendlichen auch künftig möglich sein auf einem Volksfest mit ihrem Taschengeld Karussell-Fahrten oder gebrannte Mandeln kaufen.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Nicola Holtmann, Stadträtin
Dirk Höpner, Stadtrat

² <https://bargeldverbot.info/2025/05/08/aktion-verbraucherzentralen/>